

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Chinas Haltung zu dem von der Bundesrepublik eingebrachten "Entwurf einer internationalen Konvention gegen die Geiselnahme"**

Zum Tagesordnungspunkt gegen die Geiselnahme vor dem 6. Ausschuß der UNO-Vollversammlung erklärte der chinesische Delegierte, daß China "stets gegen die abenteuerlichen Akte des Terrorismus als eines Mittels zur Durchsetzung politischer Ziele" gewesen sei. "Aber die Wurzeln der Turbulenz und der Unstabilität in der heutigen Welt liegen in der Aggressions- und Kriegspolitik der Supermächte. Wo es Unterdrückung gibt, da gibt es auch Aggression und Krieg." Letztlich müsse man dieses Problem durch die Mobilisierung der Menschen gegen die Aggressions- und Kriegspolitik der Supermächte lösen.

Grundsätzlich spricht sich China also gegen die Geiselnahme, also für den Entwurf aus. Flugzeugentführung, Geiselnahme, Meuchelmord und Kidnapping seien von der chinesischen Regierung stets konsequent mißbilligt worden, "denn zahllose historische Tatsachen haben bewiesen, daß der revolutionäre Kampf ein Massenkampf ist und der Sieg nur durch Mobilisierung der Massen und durch Vertrauen auf die Massen errungen werden kann. Abenteuerliche und terroristische Akte in der Hand von Menschen könnten sich nur nachteilig auswirken" (NCNA, 2.12.76).

Gleichzeitig erhebt Peking jedoch den Zeigefinger und weist auf die Gefahr hin, daß der Antiterrorismus als Vorwand zum Kampf gegen die nationalen Befreiungsbewegungen ausgenutzt werden könnte. Dieser Verdacht müßte vor allem dadurch aufkommen, wenn ein Land wie Südafrika, das zu Hause unumschränkten Terrorismus übe, im internationalen Bereich zu einem Mahner gegen den Terrorismus auftrete.

WESTEUROPA

(2) **Kommentar zu den "stürmischen Streik-kämpfen" in Westeuropa**

"Die stürmischen Streikämpfe in Westeuropa zeigen, daß sich die Widersprüche im System des Kapitalismus weiter verschärfen. Die Monopolkapitalisten haben die Wirtschaftskrisen auf die Werktätigen abgewälzt, so daß sich die Inflation aufs neue verschärft und die Arbeitslosigkeit große Ausmaße annimmt. Die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik, in Frankreich und Italien liegt jeweils bei etwa 900.000 bis 1 Million Menschen, mehr als eine Verdoppelung gegenüber der Zeit vor der Krise. Großbritannien hat sogar einen Nachkriegsrekord aufgestellt - 1,5 Millionen Arbeitslose. Das Leben der Werktätigen wird schwerer, sie erheben sich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung und fordern Lohnerhöhungen, Sicherheit der Arbeitsplätze und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Ihre Kämpfe haben den herrschenden Cliquen aller westeuropäischen Länder einen heftigen Stoß nach dem anderen versetzt, so

daß die politische Situation dieser Länder in immer größere Labilität geraten ist". (PRu 1976, Nr.50, S. 31)

(3) **Galaempfang für eine französische Splittergruppe**

Am 5. Dezember empfing der chinesische Parteivorsitzende persönlich die "vom Genossen Jacques Jurquet geleitete Delegation der Marxistisch-Leninistischen Kommunisten Frankreichs ... und führte mit den Genossen der Delegation ein herzliches und freundschaftliches Gespräch". Der Stellvertretende Ministerpräsident Li Hsiennien sowie der Vorsitzende Direktor der Abteilung für Auslandsbeziehungen im ZK, Keng Piao, wohnten dieser Besprechung bei (PRu 1976, Nr. 50, S.3).

Warum dieser hochrangige Empfang? Sollte es sich hier um eine Spitze gegen den Euro-Kommunismus handeln, wie er von der offiziellen französischen KP unter Jean Marchais vertreten wird? Aus zwei Gründen ist dies unwahrscheinlich: zum einen richtet sich Marchais' Kurs gegen "eine Diktatur des Proletariats" vom Schlage der Ostblockstaaten, hat also eine antisowjetische Spitze und kann den Chinesen deshalb durchaus nicht unangenehm sein. Zum anderen haben die chinesischen Kommunikationsmedien es vermieden, Attacken gegen den Euro-Kommunismus, sollten sie überhaupt gestartet worden sein, zu erwähnen.

Auch wegen ihrer antisowjetischen Einstellung kann die KPF-ML unmöglich so hervorgehoben worden sein; denn diese Einstellung teilt sie mit jeder marxistisch-leninistischen Splittergruppe.

Warum also die große Aufmachung? Man kann sich den Vorgang wohl nur mit dem hohen Legitimationsbedürfnis der neuen Führungsspitze erklären. Hua Kuo-feng ergreift zur Zeit jede sich bietende Gelegenheit, sein Image als würdiger Nachfolger Maos auszubauen. Seit seinem Regierungsantritt sind drei Atombombenversuche durchgeführt und ein künstlicher Erdsatellit gestartet worden (7.12.76). Er hat auch schon ganz im Stil Mao Tse-tungs - eine "wichtige Weisung" ausgegeben, die ähnlich kurz und allgemein gefaßt ist wie die Durchschnittsdirektive seines Vorgängers. Sie lautet: "Umsichtig organisieren, umsichtig Anordnungen treffen" (PRu 1976, Nr.50, S.5). Nach diesen innenpolitischen Manifestationen der Rolle eines "Vorsitzenden" und Fortsetzers der "Mao Tse-tung-Ideen" ergreift Hua Kuo-feng nunmehr auch Gelegenheit, sich im außenpolitischen Bereich als wahrhafter Marxist-Leninist zu erweisen. Der IX. Parteitag der Arbeiterpartei Albaniens bot bereits Gelegenheit zu Bekundungen brüderlicher Solidarität. Der Empfang "marxistisch-leninistischer" Parteidelegationen soll das Bild solidarischer Verbundenheit mit den "fortschrittlichen Kräften", wie sie Peking Vorstellungen entsprechen, abrunden.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(4) **Moskau und Peking verhandeln wieder über die Grenzfrage**

Nach einer "Pause" von 18 Monaten sind die Grenzverhandlungen am 3. Dezember 1976 in Peking wieder aufgenommen worden. Gesprächspartner bei

der ersten Arbeitssitzung waren der sowjetische Stellvertretende Außenminister Leonid Iljitschew und der chinesische Stellvertretende Außenminister Yü Chan.

Die Grenzverhandlungen sind eine Institution, die nach den militärischen Zusammenstößen am Ussuri und im Gebiet Sinkiang/Kasachstan im Oktober 1969 ins Leben gerufen wurde, nachdem kurz vorher - und zwar im September 1969 - Ministerpräsident Kossygin Peking besucht hatte.

Die Wiederaufnahme der Gespräche wurde u.a. als Teil eines breit angelegten sowjetischen Plans zur Aufnahme eines neuen Dialogs mit der neuen chinesischen Regierung unter Hua Kuo-feng gewertet. U.a. scheint man nun auch die militärischen Aspekte stärker in den Vordergrund rücken zu wollen. Der bisherige stellvertretende sowjetische Delegationsleiter, General Gangowski, wurde nämlich nach fast vierjähriger Tätigkeit am 6. Dezember durch den Generalstabschef der sowjetischen Grenztruppen, General Wasselji F. Lobanow, abgelöst. Die Berufung einer so ranghohen sowjetischen militärischen Persönlichkeit wird von den diplomatischen Kreisen in Peking als Zeichen für den Wunsch Moskaus gewertet, die Grenzverhandlungen voranzubringen und sie konkreter zu gestalten.

Als der Verhandlungsleiter Iljitschew vor 1 1/2 Jahren Peking verließ, betonte er, daß er nicht zurückkehren werde, bevor eine Grundlage für Fortschritte bei den Grenzverhandlungen gefunden worden sei. Glaubt man solche Grundlagen jetzt gefunden zu haben? Auf chinesischer Seite jedenfalls scheint Skepsis zu bestehen. Zumindest gingen die anti-sowjetischen Angriffe in den chinesischen Massenkommunikationsmitteln in voller Schärfe weiter.

Bei den Grenzverhandlungen geht es um mehrere Themen. Im Mittelpunkt steht das Schicksal der 1,5 Mio. qkm, die die Zaren im 19. Jahrhundert auf Grund "ungleicher Verträge" dem chinesischen Kaiserreich abgepreßt haben. Das chinesische Volk sei zwar bereit, dieses Gebiet, das seit über 100 Jahren vom russischen Volk kultiviert werde, eben diesem Volk zu überlassen. Die sowjetische Regierung müsse jedoch als Preis dafür eingestehen, daß das Areal auf Grund ungleicher Verträge erworben worden sei, und sie müsse die ungleichen Verträge durch gleiche ersetzen. China hält der Sowjetunion mit anderen Worten "einen wohlriechenden, aber vergifteten Knochen" hin.

Daneben geht es um den Rückzug der beiderseitigen Truppen hinter eine bestimmte Grenzlinie und um den damit zusammenhängenden gegenseitigen Nichtangriffspakt. China wirft den Sowjets vor, sie zeigten sich, was den Truppenrückzug anbelange, unflexibel.

Im übrigen ist die Lösung des Teilaspekts Grenzfrage von der Bereinigung des gesamten Spektrums der sino-sowjetischen Konfliktlage abhängig. Insofern kann nur - sollten hier wirklich einmal substantielle Fortschritte erzielt werden - von atmosphärischen Verbesserungen, nicht jedoch von einer Bereinigung des sino-sowjetischen Konflikts gesprochen werden.

Anläßlich des Besuchs einer japanischen Delegation aus der nördlichen Insel Hokkaido beklagten sich chinesische Funktionäre aus der Provinz Heilungkiang über Grenzverletzungen durch sowjetrussische Soldaten zwischen Januar und August 1976: Allein in diesem Zeitraum hätten sich 150 solcher Übergriffe ereignet. Zwischen 1960 und 1975 seien 9.000 Grenzwissenschaftsfälle gegen die chinesische Grenzbevölkerung zu verzeichnen gewesen. Allein bei dem schwe-

ren Zusammenstoß am Ussuri im Jahre 1969 hätten 240 Sowjetsoldaten und 86 Chinesen ihr Leben lassen müssen. Außerdem hielten die sowjetischen Streitkräfte ständig Manöver an der Grenze zur Volksrepublik China ab.

Am 29. November waren die chinesisch-sowjetischen Grenzgespräche nach 18monatiger Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Schon drei Wochen später sind diese Gespräche allerdings in eine Sackgasse geraten.

(5) Moskau verstärkt die Grenze zu China

Das Nachrichtenmagazin "US News & World Report" hat in seiner Rubrik "Washington Whispers" (Ausgabe 27.12.1976-3.1.1977) berichtet, daß Moskau die Bevölkerung in den Gebieten an der Grenze zu China durch neue Förderungsmaßnahmen verstärken wolle. Neuansiedlern würden Einkommen und Sonderbeihilfen geboten. Sie bekämen längeren Urlaub und hätten eher die Möglichkeit, Autos oder Motorräder zu kaufen.

(6) Zur "Besorgtheit" der "neuen Zaren" über den Indischen Ozean

Zu dieser "Besorgtheit" schreibt Hsinhua (NCNA, 14.12.76): Vier Gründe hat die Sowjetunion, sich um den Indik zu kümmern:

Erstens liege die wirtschaftliche Bedeutung des Indischen Ozeans, wie der Oberbefehlshaber der Sowjetmarine, Gorskow, schreibe, vor allem darin, daß die Routen von den sowjetischen Häfen im Schwarzen Meer und in der Ostsee zu den Häfen des Fernen Ostens sowie nach Indien, Pakistan, Bangladesch, Indonesien und Birma führen.

Zweitens benötige die Sowjetunion den Indik zur Durchführung ihrer "Kanonenboot-Politik", die 1968 begonnen habe und beim Krieg um Bangladesch Ende 1971 sowie bei den Auseinandersetzungen in Angola ihren Höhepunkt erreicht habe.

Drittens sei der Indik besonders wichtig für die globale Strategie des sowjetischen Sozialimperialismus in seiner Rivalität mit den USA um die Welthegemonie. Wenn Moskau den Indik, den drittgrößten Ozean der Welt, kontrolliere, so könne es auch wichtige strategische Seewege zwischen den USA und deren Verbündeten im Nahen und Mittleren Osten, in Ostafrika sowie in Europa (Ölweg) unterbinden.

Viertens bemühe sich die Sowjetunion darum, die USA aus dem Indischen Ozean hinauszudrängen, um diese Region selbst zu beherrschen. Zu diesem Zwecke schlage sie einerseits eine sog. "Friedenszone im Indischen Ozean" vor, die aber nichts anderes sei, als ein Mäntelchen zur Schaffung von Marine-Stützpunkten in diesem Bereich.

NCNA gibt sodann noch eine historische Perspektive: "Die 'besondere Sorge' der neuen Zaren über den Indischen Ozean ist ererbte. Seit mehreren hundert Jahren wird der Traum vom 'Weg nach Süden' geträumt: von Peter I. bis Katharina II., von Paul I. bis Nikolai II. Jetzt verleihen die neuen Zaren dem Traum der alten Zaren Leben ..."

(7) Skeptische Stimmen zu den sino-sowjetischen Grenzgesprächen

Im Zusammenhang mit der konfliktbeladenen sino-sowjetischen Grenzfrage glaubt die japanische Nachrichtenagentur Kyodo aus verschiedenen halb-offiziellen Äußerungen und offiziellen Andeutungen eine in der VR China offenbar weitverbreitete Skepsis über den Ausgang der gegenwärtig in Peking

stattfindenden sino-sowjetischen Grenzgespräche herauszuhören.

T'AN CHEN-LIN:

Verschärfter Kampf mit der S.U.

T'an Chen-lin, der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses kritisierte, einem Bericht Kyodos vom 16.12.76 zufolge, am 15.12.76 heftig die Sowjetunion als hegemonistisches Land, welches darauf abziele, die ganze Erde unter Kontrolle zu bringen". T'an habe ferner während eines Treffens mit einer Besuchsdelegation aus Hokkaido, die von Shinichiro Takakura, dem Präsidenten der Hokkai-Gakuen-Universität geleitet wurde, der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß sich "der Kampf mit der Sowjetunion unweigerlich verschärfen" werde. Während des Treffens habe T'an der japanischen Delegation erklärt, daß es während der Ära Stalins eine Zeit gab, in der Rußland versucht habe, China durch Hilfsleistungen zu kontrollieren. Nachdem Nikita Chruschtschow an die Macht gekommen sei, habe die Sowjetunion einen radikalen Wandel vollzogen und versucht, durch den Vorschlag einer gemeinsamen Flotte mit China die chinesische Küstenlinie zu kontrollieren. Als China den Vorschlag zurückwies, habe Rußland über Handel und Wirtschaft Druck auf China ausgeübt. Das Verhalten Breschnews sei "noch brutaler als das seiner Vorgänger" . . . würden Konzessionen gemacht, so versuche Rußland sich so weit wie möglich auszunutzen. Falls Japan zu Zugeständnissen bei der Lösung des nördlichen Territorialproblems bereit sei, könnte Rußland sein Ziel auf Hokkaido richten. Von japanischen Beobachtern wurden diese Äußerungen als indirektes Anzeichen für den schwierigen Verlauf der gegenwärtigen Grenzgespräche gewertet.

HEILUNGKIANG:

Keine Illusionen

Wie Kyodo am 18.12.76 meldete, berichteten Beamte der Provinz Heilungkiang einer japanischen Kulturdelegation, daß von 1965/75 ca. 9.000 sowjetische Verletzungen der Grenze Heilungkiangs und Angriffe gegen im Grenzgebiet lebende Chinesen stattfanden; dabei hätten sich allein zwischen Januar und August 1976 150 Grenzverletzungen ereignet. Ständig fänden sowjetische Manöver entlang der gemeinsamen Grenze statt. Zu den wichtigsten Fragen der gegenwärtigen Grenzgespräche zähle die Passage von Schiffen an Grenzflüssen. Bislang sei dabei aber kein Fortschritt erzielt worden. Die Behörden der Provinz Heilungkiang hätten "keine Illusionen" über die Grenzgespräche. (SWB v.20.12.76)

Unveränderte Standpunkte

Ein Mitglied der chinesischen Botschaft in Moskau erklärte japanischen Journalisten auf einem Cocktailempfang am 9.12.76, zu dem sowjetische und andere Diplomaten sowie ausländische Journalisten eingeladen worden waren, daß von den "festgefahrebenen sowjetisch-chinesischen Grenzgesprächen in Peking wenig Fortschritte erwartet würden". Chinas Standpunkt bliebe unverändert und es gebe kein Anzeichen eines sowjetischen Kompromisses. Dem chinesischen Diplomaten zufolge habe die Sowjetunion im November 1974 einen chinesischen Vorschlag glatt zurückgewiesen, und es habe sich seitdem kein Anzeichen eines Wandels in der sowjetischen Haltung gezeigt. Doch wisse er nicht, ob der sowjetische Vertreter, der stellvertretende sowjetische Außenmi-

nister Iljitschew, mit neuen Vorschlägen nach Peking zurückgekehrt sei. (Kyodo v.10.12.76)

(8) Intensiver Delegationenaustausch mit Rumänien: rumänischer Vermittlungsversuch zwischen Peking und Moskau oder bloße Konsultativtätigkeit?

Mitte Dezember beehrten sich beide Staaten mit hochrangigen Delegationen: aus China kam Ch'i P'eng-fei, der frühere Außenminister und Amtsvorgänger Ch'iao Kuan-huas, heute ZK-Mitglied und Generalsekretär des Ständigen Komitees des NVK. Umgekehrt reiste eine Partei- und Regierungsdelegation zu einem Freundschaftsbesuch nach China ab. Der Delegation gehörten hochrangige Mitglieder an, u.a. das Mitglied des politischen Exekutivkomitees des ZK der rumänischen KP Gheorghe Oprea, ein enger Mitarbeiter Ceausescus und Stefan Andrei, Kandidat des Politischen Exekutivkomitees des ZK der rumänischen KP und Sekretär des ZK der rumänischen KP. (NCNA, 15.12.76)

Die Reise der Delegation löste unter Beobachtern Vermutungen aus, daß es eine Verbindung zwischen dieser Reise und den Gesprächen Breschnews gäbe, die dieser in Bukarest erst drei Wochen vorher geführt hatte. (Vgl. dazu SZ, 15.12.76)

Ceausescu hatte bereits in den 60er Jahren - allerdings erfolglos - versucht, zwischen Moskau und Peking zu vermitteln.

Es kann allerdings auch um einen ganz normalen Meinungs- und Informationsaustausch gegangen sein. Immerhin dürfte es für Rumänien nicht uninteressant sein, welchen Kurs China nach dem Tode Mao Tse-tungs weiterhin zu steuern beabsichtigt. Der Konsultativcharakter beider Delegationen ist also eher wahrscheinlich als irgendeine Vermittlungsmission.

Die rumänische Delegation wurde u.a. von Li Hsien-nien empfangen. Es fand lt. Agerpres (16.12.76, BPA Ostinfo 17.12.76, S.22) "ein gegenseitiger Informationsaustausch über die Aktivitäten der beiden Parteien und Regierungen beim Aufbau des Sozialismus in Rumänien und China sowie über bilaterale rumänisch-chinesische Beziehungen statt. Zur Sprache kamen auch einige Tagesprobleme der Weltsituation und der internationalen Kommunistischen und der Arbeiterklassen-Bewegung."

Die Ch'i Peng-fei-Delegation reiste nach ihrem Rumänienbesuch nach Belgrad weiter und blieb dort bis zum 24. Dezember.

Schon aus dieser massierten Delegationen-Politik wurde die balkanorientierte Osteuropapolitik Pekings sichtbar.

Die Delegation wurde auch vom Shanghaier Stadtkomitee der KP Chinas und vom Revolutionskomitee Shanghais am 19.12. zu einem Bankett empfangen. Höhepunkt des Besuches war ein Empfang beim chinesischen Staats- und Parteichef Hua Kuofeng.

AFRIKA UND NAHOST

(9) Besuche der Delegation des Nationalen Volkskongresses in Kuwait und Iran - "verstärkte freundschaftliche Beziehungen"

Am 29.11.76 kehrte die Delegation des Nationalen Volkskongresses von Besuchen in Kuwait und Iran nach Peking zurück. Am 24.11.76 hatte die von Ulan-fu, dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen

Komitees des Nationalen Volkskongresses geleitete Delegation in Begleitung des kuweitischen Staatsministers für Justiz und Verwaltungsangelegenheiten Shayk Salman al-Duwayi, den Industriekomplex Shu'aybah in der Provinz Ahmadi und die dortigen Ölanlagen besucht.

Am 1.12.76 hatte NCNA anlässlich des Besuchs der chinesischen Delegation in Persien eine Reportage ihres Korrespondenten mit dem Titel "aufrichtige Freundschaft zeigte sich beim Besuch der chinesischen NVK-Delegation im Iran" gebracht. Dem Bericht zufolge legte der Besuch "Zeugnis ab über die aufrichtige Freundschaft" zwischen dem Iran und China, denen sich die gemeinsame Aufgabe stellt, die nationale Unabhängigkeit und Staatssouveränität zu bewahren. Die chinesischen Gäste hätten Beweise der historischen, kulturellen Bindungen zwischen den zwei Ländern gesehen und es habe "viele unvergleichliche Szenen aufrichtiger Freundschaft" während des Besuchs gegeben, die die freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und dem Iran weiter gefördert hätten. (SWB v.3.12.76)

In dem Bericht, den der chinesische Delegationsleiter Ulanfu vor dem Ständigen Komitee des Nationalen Volkskongresses am 2.12.76 abgab, hieß es, daß "sowohl der Iran wie auch Kuwait den Besuchern der Delegation große Beachtung geschenkt hätten". Der Schah-in-Schah und der amtierende Emir von Kuwait hätten die Delegation empfangen. Wörtlich: "Die Besuche hatten das Verständnis zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern Irans und Kuweits vertieft, die freundschaftlichen Beziehungen Chinas mit den zwei Ländern verstärkt und die Entwicklung der Sache der Einheit der Dritten Welt gegen den Hegemonismus gefördertdie Vereinigung mit dem internationalen Proletariat und dem revolutionären Volk in verschiedenen Ländern, insbesondere gegen das von den zwei Supermächten S.U. und USA verfolgte Streben nach Hegemonie, zu Ende zu führen." (NCNA v.2.12.76)

ASIEN

(10) Gedenkhalle für den indischen Arzt Dr.Kotnis eingeweiht

Am 9.12.76 fand in Shihchiachuang (Provinz Hopei) die feierliche Einweihung der "Dr.Kotnis-Gedenkhalle" statt. Die Gedenkhalle wurde im "internationalen Friedenspital Norman Bethune" der VBA errichtet. Die Einweihung, die am 34.Todestag des 1942 verstorbenen indischen Arztes stattfand, soll dem Gedächtnis des "großen internationalistischen Kämpfers Dr.Kotnis, einem vortrefflichen Sohn des indischen Volkes und engen Waffengefährten des chinesischen Volkes, der wertvolle Beiträge zum chinesischen Volkskampf gegen die japanische Aggression leistete" dienen.

An der Einweihungszeremonie nahmen Delegationsmitglieder des "allindischen Gedenkkomitees für Dr.Kotnis, Familienangehörige - darunter dessen Witwe Kua Ching-lan -, Freunde des Verstorbenen, wie Rewi Alley, Dr.Ma Hai-te (George Hatem) und dessen Frau Su Fei, Hans Muller, Richard Frey, Jao Cheng-hsi, Chiang Yi-chen sowie der indische Botschafter in der VRCh K.R.Narayan teil. Chinesische Teilnehmer an der Einweihungsfeier waren u.a. Liu Tzu-hou, der Vorsitzende des Revolutionskomitees der Provinz Hopei, Wan Hai-feng, der stellvertretende Komman-

dant der VBA-Einheiten Peking, sowie Wang Pingnan, der Präsident des Verbandes für Freundschaft mit ausländischen Staaten des chinesischen Volkes und Vorsitzender des "Vorbereitungskomitees für die Dr.Kotnis-Gedenkhalle".

In seiner Ansprache würdigte Wang Ping-nan das Wirken des Verstorbenen in China mit folgenden Worten:

"Als sich die chinesische Nation 1938 in einem Punkt unsagbarer Leiden in ihrer Geschichte befand, kam Dr.Kotnis als Mitglied des indischen Ärzteteams auf Geheiß des indischen Volkes 'von weither nach China, um uns zu helfen, der japanischen Aggression zu widerstehen' . . . Dr.Kotnis . . . diente den chinesischen Armeeingehörigen und Zivilisten, die gegen die japanischen Aggressoren kämpften mit ganzem Herzen und wurde der Ehre teilhaftig, 1942 in die KPCh aufgenommen zu werden . . . (er) wurde schließlich wegen Überarbeitung krank und opferte sein wertvolles Leben für die Sache der nationalen Befreiung des chinesischen Volkes. . . In einem damals an die Familie des Genossen Kotnis geschickten Telegramm sagte unser verehrter und geliebter Ministerpräsident Chou, daß Dr.Kotnis die Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Indiens symbolisiere und ein leuchtendes Beispiel der aktiven Teilnahme des indischen Volkes in dem gemeinsamen, weltweiten Kampf gegen japanische Aggression und Weltfaschismus darstelle. Sein Name werde vom chinesischen Volk unvergessen bleiben . . .

Indem wir das Gedächtnis von Dr.Kotnis ehren, sollten wir seinem Beispiel folgen, indem wir den proletarischen internationalistischen Geist voll ins Spiel bringen und, zusammen mit dem indischen Volk, uns gegenseitig unterstützen und helfen im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus, auf daß die traditionelle Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Indiens fortfahren wird, sich zu konsolidieren und zu entwickeln".

Der indische Botschafter, der auch während der Feier sprach, rühmte den Verstorbenen wegen seines "internationalistischen Geistes" und übermittelte die freundlichen Gefühle der Regierung und des Volkes Indiens für die chinesische Regierung und das chinesische Volk. (Weitere Angaben zur Rede Narayans wurden nicht gemacht!) (NCNA v.9.12.76)

(11) Chinesische Haltung zu Fukuda

Nach einer Meldung der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo vom 23.12.76 aus Peking wurde die Wahl Takeo Fukudas zum neuen Präsidenten der regierenden liberaldemokratischen Partei und damit zum aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten in China mit "Vorsicht und Besorgnis" aufgenommen. (chinesische) Beobachter in Peking bezeichneten Fukuda als dem rechten Flügel und der pro-Taiwan-Gruppe innerhalb seiner Partei nahestehend. Er stünde außerdem "in der Gunst der Sowjetunion. Die Beobachter gaben jedoch zu, daß Fukuda jetzt von Kakuei Tanaka und Masayoshi Ohira unterstützt würde, denen als Architekten der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern von China großes Vertrauen entgegengebracht werde. (SWB v.24.12.76)

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

(12) MBFR: ein "Riesenschwindel"

Die Gespräche über ausgewogene Truppenreduzierungen in Mitteleuropa, an denen 19 NATO-

und Warschauer Pakt-Länder teilnehmen, brachten bisher keine Fortschritte. Am 16.12. vertagte sich die 10.Runde erneut. Dazu Hsinhua (NCNA, 18.12.76): "Seit dem 30.Oktober 1973, an dem die erste Runde begann, haben insgesamt 123 Sitzungen der Gespräche über die Verminderung von Streitkräften in Mitteleuropa stattgefunden. Der gesamte Prozeß der Gespräche zeigt, daß es sich dabei um einen Schwindel wie bei der Europäischen Sicherheitskonferenz handelt und daß von ihnen keine echte Streitkräfteverringerung zu erwarten ist. Die beiden Supermächte, die Sowjetunion und die USA, bemühen sich beide nach besten Kräften, ihre eigene Überlegenheit aufrechtzuerhalten und auszuweiten und die Stärke des jeweilig anderen zu schwächen... Erwähnenswert ist, daß die Sowjetunion ihre Rüstungskampagne in Mitteleuropa intensiviert hat, während sich ihre Unterhändler nach besten Kräften bemühen, den falschen Eindruck von Entspannung zu erwecken."

(13) Neuer Außenminister

Ch'iao Kuan-hua, seit 1972 Außenminister der VR China, wurde bei der dritten Tagung des Ständigen Ausschusses des IV.NVK in Peking Anfang Dezember ohne Angabe von Gründen seines Amtes enthoben und durch den bisherigen Vertreter Chinas bei der UNO, Huang Hua, ersetzt.

Die Ablösung Ch'iaos kam nicht überraschend, da er seit dem 11.November nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetaucht war und da er sich, gerade im Zusammenhang mit dem Sturz Teng Hsiao-p'ings allzu offensichtlich an die 'Viererbande' angelehnt hatte. U.a. hatte er das Personal seines Außenministeriums zu einem Triumphzug mit Zimbeln und Labas (Blasinstrumenten) anlässlich des Sturzes von Teng angeführt. Auch war eine seiner Reden bekannt geworden, in der er ganz die Tonart der 'Viererbande' angeschlagen hatte. (Manche Beobachter glauben, daß ein Zusammentreffen Ch'iaos mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Rande der UNO-Vollversammlung zum Sturz des Außenministers geführt habe.)

Der 63jährige Huang Hua gilt als einer der erfahrensten Diplomaten seines Landes und als einer der wortgewaltigsten Gegner des 'Sozialimperialismus'. Als Botschafter in Ghana, Ägypten und Kanada, als Verhandlungsführer oder Berater chinesischer Delegationen bei internationalen Konferenzen und nicht zuletzt als UNO-Delegationsleiter sammelte er seine Erfahrungen.

Schon in den dreißiger Jahren hatte er als Dolmetscher zwischen Mao Tse-tung und dem Amerikaner Edgar Snow fungiert, der damals 'die befreiten Gebiete' besucht hatte.

Nach einer AFP-Meldung vom 18.12.1976 sollte am 17.Dezember in Peking ein Öffentlicher Prozeß gegen den gestürzten Außenminister Ch'iao Kuan-hua in Form eines sog. "Kampftreffens" stattfinden. Ch'iao sollte wegen seiner Zusammenarbeit mit der Viererbande durch die "Massen" in Anwesenheit von Beamten des chinesischen Außenministeriums verurteilt werden.

Der Prozeß sei jedoch verschoben worden, seit die Kampagne gegen die Viererbande erneut verschärft wurde. Neuerdings heißt es, die Vier hätten Anstalten getroffen, Hua Kuo-feng sowie Angehörige des ZK, der Regierung und der Armee ermorden zu lassen.

Huang stammt aus der Provinz Kiangsu. Er ist seit etwa 1952 Mitglied des Außenministeriums,

verhandelte 1953 mit US-Vertretern über die Beendigung des Koreakriegs, war Berater Chou En-lais bei der Genfer Indochina-Konferenz (1954) und ist seit 1960 Diplomat im Botschafterrang. Seine Posten waren Akkra, Kairo und Ottawa. 1974 übernahm er als Nachfolger Chiao Kuan-huas die Leitung der chinesischen UN-Delegation.

Als besonders hervorragend gelten seine Englischkenntnisse. Huang Huas Ernennung weist ferner daraufhin, daß man das Potential für die Verbesserung der Beziehungen zu Washington nutzen will.

(14) Botschafterrevirement?

Bei der dritten Tagung des Ständigen Ausschusses des 4.NVK in Peking vom 30.November bis 2.Dezember 1976 wurden "Ernennungen und Abberufungen beschlossen" (PRu 1976, Nr.50, S.13), ohne daß allerdings - mit Ausnahme des alten und des neuen Außenministers - Namen genannt wären.

Offensichtlich sind von den "Ernennungs- und Abberufungs"-Beschlüssen nicht zuletzt auch zahlreiche Botschafter betroffen gewesen; denn in der Zwischenzeit wurden mindestens 17 Vertreter Pekings, vor allem aus den westeuropäischen Ländern, aber auch aus Japan, zurückbeordert. Auch die Botschafter im Irak, in der Türkei, in Nepal sowie in den Ländern Zentralafrikanische Republik, Gabun, Kenia, Sambia, Sierra Leone und Guinea sind wahrscheinlich zurückberufen worden. Unbestimmt ist auch das Schicksal der Botschafter in Tansania, Ungarn und Vietnam.

Zu den zurückbeordneten Botschaftern gehört auch der Vertreter Pekings in Bonn, Wang Shu.

Ob auf diese Funktionäre eine Auf- oder aber Abstufung wartet, läßt sich vorerst noch nicht ermitteln.

Der aus Tokio abberufene Botschafter Ch'en Ch'u wird künftig China bei den Vereinten Nationen in New York vertreten. Der bisherige China-Botschafter bei der UNO war der jetzige Außenminister Huang Hua.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

(15) China versuchte vergeblich, die Kandidatur Kurt Waldheims für eine zweite Amtszeit als UN-Generalsekretär zu verhindern

Am 7.Dezember billigte der Sicherheitsrat die Wiederernennung des 57jährigen Österreicher Kurt Waldheim für eine weitere Fünfjahrperiode als UNO-Generalsekretär.

Angesichts eines chinesischen Vetomanövers kam die Ernennung jedoch erst im zweiten Wahlgang zustande.

Zunächst schien die Kandidatur Waldheims ohne Probleme zu sein, da er noch vor wenigen Monaten weit und breit als der einzige Kandidat erschien. Ende November allerdings kandidierte auch der mexikanische Politiker Echeverria, der bis zum 1.Dezember 1976 Präsident seines Landes gewesen war.

Im ersten Wahlgang erhielt Waldheim von den Mitgliedern des 15köpfigen Rats 13 Stimmen. Die mit einem Vetorecht ausgestattete VR China stimmte gegen eine Wiederwahl Waldheims, während sich das Sicherheitsratsmitglied Panama der Stimme enthielt.

In einer zweiten Abstimmung konnte dann Waldheim 14 Stimmen buchen. Panama blieb bei seiner Enthaltung, doch China schwenkte vom Neinsager zu der Jasager-Gruppe über. Für Echeverria

ergaben sich diesmal 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und wiederum 7 Enthaltungen.

China hatte schon bei der ersten Wahl Waldheims, im Jahre 1971, zusammen mit Großbritannien, gegen die Wahl des Österreicher gestimmt, sich dann aber wiederum in einem späteren Wahlgang von seinem Nein zurückgezogen, das, wenn es aufrechterhalten geblieben wäre, eine Wiederwahl unmöglich gemacht hätte, da China ja zu den 5 ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats mit Veto-recht zählt.

Die Gründe für das Verhalten Chinas liegen auf der Hand: es wünscht einen Kandidaten aus der Dritten Welt. Dieser Dritte-Welt-Akzent kam übrigens auch in dem Gratulationsschreiben Echeverrias für seinen erfolgreichen Kandidaten zum Ausdruck sowie in der Ernennung eines Farbigen zum Vertreter der USA bei der UNO durch die neue Carter-Regierung.

INNENPOLITIK

(16) Dritte Sitzung des Ständigen Komitees des IV. NVK eröffnet:

Die chinesische Führungsspitze trifft sich zum ersten Mal coram publico

Vom 30. November bis 2. Dezember tagte die dritte Sitzung des Ständigen Komitees des IV. NVK in der Großen Halle des Volkes in Peking. Die gesamte Führungsspitze, u.a. Hua Kuo-feng, waren vertreten.

Folgende Themen standen auf der Tagesordnung: (NCNA 30.11.76) "1. Rede des Stellvertretenden Vorsitzenden Wu Teh, in welcher die Ernennung des Genossen Hua Kuo-feng zum Vorsitzenden des ZK der KPCh und dessen Militärkommission sowie der Große Sieg bei der Zerschlagung der Verschwörung der 'Viererbande' herzlich begrüßt wurde. 2. Bericht des Stellvertretenden Vorsitzenden Ulanfu über den Besuch einer Delegation des NVK im Iran und Kuwait. 3. Die Annahme einer Resolution über die Ernennung der Genossin Teng Ying-chao (der Ehefrau des verstorbenen Chou En-lai, die Red.) zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Komitees des IV. NVK. 4. Ernennungen und Entlassungen."

Herausragendes Ereignis der Personalentscheidungen, die im Verlauf der Sitzung gefällt wurden, war neben der Berufung Huang Huas zum neuen Außenminister, der anstelle des wegen seiner konspirativen Nähe zur "Viererbande" diskreditierten Chiao Kuan-hua trat, die auf Vorschlag von Hua Kuo-feng erfolgte einstimmige Nominierung Teng Ying-chaos, der Witwe Chou En-lais, zur Stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Komitees des IV. Nationalen Volkskongresses. Der unter "warmem" Applaus einstimmig angenommene Wortlaut der Resolution bemüht sich, der Nominierung Tengs gleichsam nachträglich den Segen Maos zu erteilen: "In Übereinstimmung mit dem Vorschlag des ZK v. 21.10.75, welchen der Vorsitzende Mao am 22.10. des gleichen Jahres billigte, beschließt das Ständige Komitee des IV. Nationalen Volkskongresses. . . die Nominierung Teng Ying-chaos zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Komitees des IV. Nationalen Volkskongresses zu unterstützen und sie der nächsten Sitzung des Nationalen Volkskongresses zur Bestätigung zu unterbreiten". Die neue Stellvertretende Vorsitzende Teng, die Hua "Weitsichtigkeit und gewaltigen Mut

und Weisheit, Schnelligkeit und Entschiedenheit bescheinigte, drückte ihre von Herzen kommende "hohe Achtung und entschiedene Unterstützung" für Hua aus. Unter seinem Vorsitz sei das ZK mehr geeint und erfreue sich eines größeren Prestiges als je zuvor. Zu ihrer künftigen Rolle äußerte sich Teng folgendermaßen:

"Die Aufgabe, die mir durch das ZK zugewiesen wurde, ist vom Vorsitzenden Mao vor seinem Tod gebilligt und durch den Vorsitzenden Hua persönlich auf dieser Sitzung erläutert worden. Sie ist jetzt einstimmig nach Übereinkunft durch euch Genossen gebilligt worden. Ich fühle mich sehr geehrt und bewegt, aber gleichzeitig fühle ich mich in einer Lage, in der die eigene Realität nicht dem Ruhm entspricht."

. . . Unter der Führung des ZK mit Vorsitzenden Hua Kuo-feng an der Spitze will ich mit den anderen Stellvertretenden Vorsitzenden und Mitgliedern des Ständigen Komitees abgestimmte Anstrengungen unternehmen, um an den Lehren des Vorsitzenden Maos festzuhalten, bescheiden und bedachtsam sein und mich vor Selbstgefälligkeit und Unbesonnenheit hüten, das Gefühl für Organisation und Disziplin verstärken, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied nehmen, theoretische Studien verbessern, die Einheit und gegenseitige Hilfe verstärken und dem Volk besser dienen. Ich werde fortfahren Revolution zu machen . . . eine korrekte Haltung gegenüber der großen proletarischen Kulturrevolution, den Massen und mir selbst einzunehmen und bis zum letzten Atemzug kämpfen."

Insgesamt ergriffen im Verlauf der dreitägigen Sitzung mehr als 60 Mitglieder des Ständigen Komitees und über 20 Mitglieder des National Komitees der Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes das Wort. In einer der Reden, die sich hauptsächlich mit den Machenschaften der Viererbande befaßten hieß es: "Wenn ihr Komplott Erfolg gehabt hätte, wären Millionen von Kommunisten und Revolutionären getötet worden. Die Geschichte Chinas wäre zurückgedreht worden und das Volk hätte wieder leiden müssen." (NCNA v.2.12.76)

Gerüchteweise verlautet, daß der gestürzte, ehemalige Stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing zum Berater des Regierungschefs ernannt und der Befehlshaber des Pekinger Wehrbereichs, Ch'en Hsi-lien, zum neuen Sicherheitsminister nominiert worden sei. Schließlich sei der Pekinger Bürgermeister Wu Teh neuer Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des IV. NVK geworden, wo er den im Juli verstorbenen Marschall Chu Teh ersetzt.

Ferner liefen Gerüchte um, daß Li Hsien-nien von seinem Stellvertreterposten nun endgültig zum Ministerpräsidenten ernannt worden sei. Offiziell wird jedoch nach wie vor Hua Kuo-feng als Ministerpräsident geführt.

Der Ministerpräsident kann allerdings nach Art.17 der Verfassung von 1975 nur von der Vollversammlung des NVK gewählt werden. Ein solcher formaler Hinweis geht jedoch an der Sache vorbei: Nicht nur, daß Hua Kuo-feng ohne NVK - Abstimmung zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, hätte auch der neue Außenminister von der Vollversammlung nominiert werden müssen.

Verfassungsgemäß gäbe es nur einen einzigen Ausweg: Die Ernennung des neuen Außenministers müßte unter jene Funktionen und Befugnisse fallen, die dem Ständigen Ausschuss des NVK "vom NVK übertragen worden sind". Hätte eine solche Übertra-